

Rezession und Hoffnungsschimmer

Die Einschnitte in der Corona-Pandemie sind beispiellos – doch Ökonomen machen Mut

VON THOMAS KAUFNER
UND ANDREAS HOENIG

Bremen. Die Corona-Pandemie stürzt die Bundesrepublik in eine der schlimmsten Rezessionen ihrer Geschichte. Weil sie aber eine im Kern gesunde Ökonomie trifft, halten die „Wirtschaftsweisen“ aus aktueller Sicht eine schnelle und nachhaltige Erholung für wahrscheinlich. Es gebe „keine massiven strukturellen Verwerfungen“, sagte Volker Wieland, einer der drei Topökonom des Beratergremiums der Bundesregierung, am Montag. „Es ist nicht wie in einem Krieg, wo der Kapitalstock zerbombt wäre und die Arbeiter an der Front sind.“ Die „Wirtschaftsweisen“ wandten sich gegen „Horror szenarien“ mit einem möglichen zweistelligen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und dauerhaften sowie erheblichen Folgen. Allerdings räumt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein: Präzise Vorhersagen sind derzeit wegen der großen Unsicherheit kaum möglich.

Der Corona-Schock treffe die Wirtschaft „ins Mark“, heißt es in dem Gutachten – zum Europas größte Volkswirtschaft zuvor bereits nach mehreren Boomjahren in einen Abwärtsschwung geraten war. Als derzeit wahrscheinlichstes Szenario unterstellt der Rat einen fünfjährigen Shutdown und eine anschließende kurze Erholungsphase. Für diesen Fall würde das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands 2020 um 2,8 Prozent schrumpfen, um im folgenden Jahr gleich wieder um 3,7 Prozent zuzulegen. Zum Vergleich: 2009 war die größte europäische Volkswirtschaft infolge der globalen Finanzkrise um 5,7 Prozent eingebrochen.

Im schlimmeren Szenario nach einem längeren Shutdown wäre aus Sicht der „Wirtschaftsweisen“ ein tieferer Einbruch 2020 in der Größenordnung von 5,4 Prozent denkbar. Sollten die gesundheitspolitischen Maßnahmen sogar über den Sommer hinaus andauern, würde sich die wirtschaftliche Erholung erst im Jahr 2021 einstellen. „Die getroffenen Politikmaßnahmen reichen dann womöglich nicht aus, tiefgreifende Beeinträchtigungen der Wirtschaftsstruktur zu verhindern.“

Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft sind aus Sicht der „Wirtschaftsweisen“ unausweichlich. Man dürfe jetzt nicht Wirtschaft und Gesundheit gegeneinander aufrechnen, sagte der Vorsit-



Leere Restaurants und Bars in Berlin: Wegen des neuartigen Coronavirus sind viele Geschäfte bundesweit geschlossen.

FOTO: BRITTA PEDERSEN/DPA

zende des Expertengremiums, Lars Feld. „Die Einsicht des Einzelnen ist sehr wichtig in dieser Situation.“

In der Corona-Pandemie hatte beispielsweise US-Präsident Donald Trump erst in der vorigen Woche gewarnt, dass die wirtschaftlichen Folgen der weitreichenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus „ein Land zerstören“ könnten. Die weitgehende

Stilllegung des öffentlichen Lebens und die Schließung von Geschäften seien für die Wirtschaft verheerend, hatte Trump erklärt. Felds Kollege Wieland sagte zu dieser Haltung: „Ich sehe nicht, welche Alternative es gegeben hätte, ich halte das auch für zynisch.“ Die Beispiele Italiens und der USA, wo sich die Zahl der Corona-Infizierten und der Todesopfer aktuell deutlich erhöht, zeigten, „dass man das nicht laufen lassen kann“.

Bundesrat und Bundestag hatten in der vergangenen Woche ein beispielloses Krisenpaket der Bundesregierung beschlossen, das gewaltige Hilfen zur Rettung von Arbeitsplätzen und Unternehmen, Unterstützung von Krankenhäusern sowie zur Sicherung von Lebensunterhalt und Wohnung der Bürger vorsieht. Die Experten bewerteten diese Maßnahmen als angemessen. „Der Erfolg der wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen hängt jedoch wesentlich von der Dauer der Einschränkungen ab. Voraussetzung für einen Aufschwung ist die Normalisierung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens.“

Die aktuelle Lage bewerten die Experten als „historisch außergewöhnlich“ – entsprechend schwierig ist die Abschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen. Wie erfolgreich die Regierung im Kampf gegen die Corona-Krise am

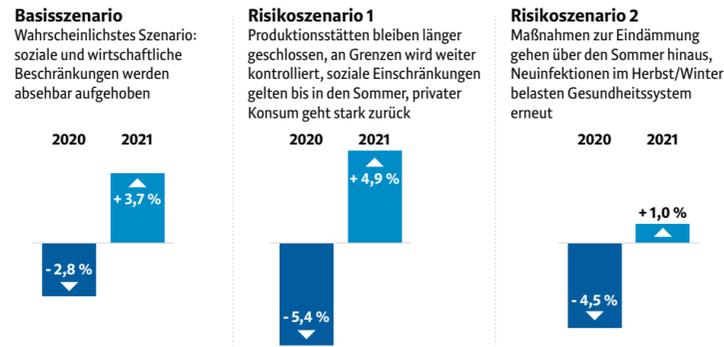
Ende sein wird, hänge davon ab, „ob es gelingt, die Ausbreitung des Corona-Virus effektiv zu bekämpfen, so dass die verschiedenen Einschränkungen sozialer und wirtschaftlicher Aktivitäten schnell aufgehoben werden können“, heißt es in dem Gutachten. Und: Die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen wie die Ausweitung des Kurzarbeitergelds oder Liquiditätshilfen für Firmen müssten wirken, um Jobs zu erhalten.

Uneins sind die Experten, ob Berlin die Blockade gegen gemeinsame Schulden der EU-Staaten („Corona-Bonds“) aufgeben soll. Etliche EU-Staaten, darunter Frankreich und Italien, setzen sich für solche Anleihen ein, bei denen alle gemeinsam für die Schulden haften und daher gute Zinskonditionen erhalten. Feld meint, am schnellsten wären zusätzliche Kredite über den bereits in der Schuldenkrise etablierten EU-Rettungsfonds ESM.

Die Sachverständigen appellieren an die Bundesregierung, bereits jetzt über ein „Ausstiegsszenario“ für die Zeit nach dem Stillstand nachzudenken. Dies wäre nun dringend zu entwickeln, um in der Öffentlichkeit Vertrauen zu wecken, „dass das gut gehen kann“, sagte Wieland. Im Gutachten ist die Rede von einer „Normalisierungsstrategie“. Die Politik müsse vor allem eins: klar kommunizieren.

MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN DER CORONA-KRISE AUF DIE WIRTSCHAFT

Durchschnittliches Jahreswachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach drei Szenarien



„Dies ist eine Mahnung, dass wir Europa neu denken müssen“

Chefanalyst Folker Hellmeyer zu den Folgen der Corona-Krise und Konsequenzen für die EU



Folker Hellmeyer ist Chefanalyst der Bremer Solvecon Invest, die Vermögensverwaltung und Fondsgeschäft anbietet. Zuvor arbeitete der gebürtige Hamburger viele Jahre für die ehemalige Bremer Landesbank.

Herr Hellmeyer, jeden Tag blicken Sie auf das Geschehen in der Welt und treffen Prognosen. Wie schwer fällt das in diesen Zeiten?

Folker Hellmeyer: Es fällt deutlich schwerer, weil wir Wirtschaftsprognosen auf Grundlage medizinischer Probleme aufstellen. Und dazu sind wir fraglos nicht ausgebildet. Wir müssen uns der Informationen bedienen, die uns zugänglich sind. Dabei wird sehr deutlich, dass die Daten – ob vom Robert-Koch-Institut oder der Johns-Hopkins-Universität – nicht vollständig sein können und auch von Wissenschaftlern kritisch hinterfragt werden. Fakt ist aber, dass sie die Ökonomie bewegen, die Politik zu Entscheidungen veranlassen, das Sentiment in der Gesellschaft bestimmen und damit auch das Geschehen an den Finanzmärkten.

Ökonomen fürchten eine schlimme Wirtschaftskrise. Teilen Sie die Sorgen?

Wir werden eine Rezession erleben. Das erste und mindestens das zweite Quartal werden durch den politisch verordneten Shutdown einbrechen. Dies ist aber nicht Ausdruck einer ökonomischen Schwäche der globalen Volkswirtschaft, sondern ist bedingt durch einen

Faktor von außen. Und das wird in den Betrachtungen meiner Kollegen nur unzureichend gespiegelt.

Von welchen Auswirkungen gehen Sie aus?

Die Maßnahmen, die im Moment vonseiten der Politik getroffen werden, sind in ihrer Dimension historisch einmalig. Sie werden nicht nur der Stabilisierung des aktuellen Umfelds dienen, damit die Menschen ihren Alltag bestreiten können, sondern gehen weit darüber hinaus. Ihre Gesamtwirkung wird positiver sein als es derzeit an den Finanzmärkten, in der Gesellschaft und in den Medien diskutiert wird. Wir haben einen exogenen Schock, der temporär die Weltwirtschaft massiv beeinträchtigt. Im zweiten Halbjahr erwarte ich aber sukzessive eine Wiederbelebung. Die nationalen und globalen Konjunkturpakete werden dazu führen, dass wir mindestens 2021 wieder zu einem Grundrauschen der Weltwirtschaft von drei Prozent Wachstum kommen werden.

Woran machen Sie das fest?

Als Folge der Corona-Krise wird es dazu kommen, dass die Globalisierung in Teilen zurückgedreht wird. Darüber sprach auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, dass zum Beispiel Biotec-Unternehmen oder die Produktion von medizinischen Gütern nach Deutschland und Europa zurückgeholt werden. Der zweite Wachstumsimpuls generiert sich daraus, dass allen Beteiligten der Weltwirtschaft bewusst geworden ist, dass das Management just in time nicht aufrechtzuerhalten ist vor dem Hintergrund dieser Krise. Ergo

wird man verstärkt Lagerhaltung aufbauen. Zusätzlich kommt es zur drastischen Reduzierung des Zinsniveaus in fast allen Ländern dieser Welt – zum Teil tiefer als zum Zeitpunkt der Finanzkrise.

Wie unterscheiden sich die Krisen jetzt und damals eigentlich?

Damals ging es um eine aus dem Finanzsystem resultierende Krise. Die Corona-Krise hat eine ganz andere Qualität. Das führt mich zu der Prognose, dass der Einbruch derzeit zwar dramatisch und historisch einmalig ist, dass er aber nicht in die Zukunft extrapolierbar ist, sondern die Aussichten insbesondere ab 2021 deutlich besser sind – auch vor dem Hintergrund, dass es dann eine bessere medizinische Behandlung geben wird.

Reichen die Konjunkturpakete der Politik denn aus?

In meinen Augen sind die Maßnahmen überdimensioniert – und das ist richtig. Das Schlimmste, was der Politik nun passieren könnte, wären zu kleine Schritte, bei denen nachgeliefert werden muss. Das würde das Vertrauen untergraben. Die Maßnahmen werden mittel- und langfristig zu einer viel stärkeren Belebung führen als heute unterstellt wird.

Die Wirtschaftsweisen gehen für das Jahr 2020 schlimmstenfalls von einem Einbruch von 5,4 Prozent aus. Was bedeutet das?

Ich beteilige mich nicht am Wettlauf der Negativprognosen. Ich sehe das Bild in Richtung 2021 deutlich positiver: Der Einbruch ist tem-

porär und wird wieder ausgeglichen, weil die Probleme nicht in der Wirtschaft selbst liegen. Dafür müssen wir allerdings schon heute über Exit-Strategien nachdenken. Denn für die Unternehmen, die für alle Einkommensstränge in diesem Staat, in Europa und der Welt verantwortlich sind, muss es perspektivisch Planungssicherheit geben können. Die Lösung besteht für mich eindeutig darin, dass wir nun einen Shutdown haben, um die Dynamik der Infektionen in den Griff zu bekommen. Danach muss die Wirtschaft wieder aufleben bei gleichzeitiger Abschirmung der Risikogruppen.

In der Vergangenheit träumten Sie bereits von den Vereinigten Staaten von Europa. Was geht Ihnen in diesen Tagen durch den Kopf, wenn Sie auf das Krisenmanagement der EU schauen?

Ich glaube, dass man die EU im Moment überfordert, weil man ihr zu wenig Kompetenzen gegeben hat. Die Erwartungshaltung ist nicht realistisch, denn wir haben immer noch ein System von Nationalstaaten: Die Krisenbekämpfung ist Ausdruck nationaler Kampagnen. Mein „Traum“ vom geeinten Europa geht weiter. Ich glaube, diese Krise ist eine Mahnung, dass wir Europa neu denken müssen in Richtung der Vereinigten Staaten von Europa. Nur so bekommen wir die Schlagkräftigkeit, um die Probleme der Zukunft zu begleiten. Der Weg zurück zu Nationalstaaten, der im Moment vielen locker auf den Lippen liegt, ist dazu vollständig kontraproduktiv.

Das Gespräch führte Lisa Boekhoff.

Nicht mein Humor

Mittendrin: Krise im Mittelstand

Konditormeister Bernard Timphus vom Café Stecker berichtet jeden Tag von seiner Situation in Zeiten der Coronakrise.

FOTO: KUHAUPT



Das war ein wilder Wochenaufakt. Es ging ein bisschen drunter und drüber. Nur probierhalber stand der neue Onlineshop mal kurz im Netz, da lief prompt schon die erste Bestellung ein. Dabei ist das sowieso Neuland für mich. Jetzt, wo diverse Mitarbeiter wegen der Kurzarbeit nicht da sind, befasse ich mich mit Aufgaben, die ich seit Jahren nicht erledigt habe, unter anderem eben Bestellungen ordnungsgemäß zu dokumentieren.

Auch auf anderem Weg erreichen uns vermeintlich lustige Wünsche, zum Beispiel haben diverse Leute per Mail Klopiertorten angeregt, das heißt, ich soll Torten machen, die wie eine Rolle Toilettenpapier aussehen. Ich habe Schwierigkeiten mit diesem Humor. Sobald das eigene Umfeld durch einen Corona-Fall betroffen ist, wird das zum Bumerang. Die Gefährdung ist doch real. Nach meinem Verständnis soll ein Konditor außerdem schöne Dinge produzieren, die den Empfänger glücklich machen und ihn nicht kritisieren.

Aber immerhin hat mich das auf eine Idee gebracht: Ich versuche mich gerade an kleinen Torten für höchstens zwei oder drei Leute. Wenn man schon seit fast zwei Wochen in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist, kann man es sich doch zuhause schön machen und etwas Süßes kann da nicht schaden.

Schwierigkeiten gibt es ohnehin genug. Wir hatten zum Beispiel jetzt Besuch von zwei Schülern, die sich bei uns auf Lehrstellen beworben haben. Die wollten natürlich wissen, ob das zum ersten August noch was wird. Aber das ist jetzt natürlich genauso unsicher wie momentan deren Schulabschluss. Denn kein Mensch weiß im Moment, ob und wie es Prüfungen geben wird. Es ist einfach nichts mehr planbar, was über die nächsten Tage hinausgeht.

Aufgezeichnet von Timo Thalmann

Viele wollen bei der Ernte helfen

Hof Kaemena hat 100 Anfragen

Bremen/Hellwege. Die Menschen lassen die Spargelbauern in Bremen und umzu nicht im Stich. Nach der Entscheidung, dass wegen Corona keine Erntehelfer nach Deutschland einreisen sollen, wusste Spargel- und Erdbeerbauer Hajo Kaemena nicht, wie er die Ernte ohne sein langjähriges polnisches Team starten soll. Doch vergangene Woche erhielt er pausenlos Mails, das Telefon stand nicht still. Mehr als 100 Interessenten fragten, ob sie helfen können. Das schrieb Kaemena nun auf seiner Facebook-Seite: „Wir sind tief beeindruckt von so viel Hilfsbereitschaft und sehr, sehr dankbar! Wir denken, die in wenigen Tagen beginnende Ernte könnte mit Eurer Hilfe gerettet werden... DANKE!!!“ Auch Spargelhof Schloh in Hellwege hat sein Team zusammen. Thorsten Schloh schrieb ebenso auf Facebook: „Danke! Toll, wie wichtig euch allen unser Spargel ist. So viele Menschen wollen uns helfen. Diese Erfahrung tut gut in dieser unwirklichen Zeit!“ Alfken Hof in Harpstedt hat auch das Team zusammen. Daher bittet Kaemena weitere Interessenten, die ein Auto haben und bereit sind zu schwerer körperlicher Arbeit bei jedem Wetter, sich an die Höfe Wichmann und Nüstedt in Bassum zu wenden. **FLS**

NEUE IFO-UMFRAGE

Drastischer Anstieg der Kurzarbeit erwartet

München. Die deutsche Industrie steht laut einer Umfrage des Ifo-Instituts wegen der Virus-Krise vor einem drastischen Anstieg der Kurzarbeit. In den kommenden drei Monaten erwarten 25,6 Prozent der befragten Unternehmen Kurzarbeit, wie das Ifo Institut am Montag in München mitteilte. Dies sei der höchste Wert seit 2010. Vor drei Monaten habe der Wert nur bei 15,3 Prozent gelegen. An der Umfrage haben 2000 Industrieunternehmen teilgenommen. Mit Quoten zwischen 30 und 40 Prozent überdurchschnittlich betroffen sind laut der Umfrage die Automobil- und die Elektroindustrie sowie der Maschinenbau. **DPA**